

Anlage 1 (Antrag auf Gewährung einer Zuwendung)

An

Bezirksregierung
 Detmold
 Dezernat 34
 Leopoldstraße 15
 32756 Detmold

**Antrag auf Gewährung einer Zuwendung
 zur Förderung von regionalen Veranstaltungen in Nordrhein-Westfalen aus den
 Themenbereichen „Digitalisierung“ und „Zusammenarbeit von digitalen Start-ups mit
 etablierten Unternehmen“ aus Mitteln des Landes NRW.**

1. Antragstellerin/ Antragsteller	
1.1 Allgemeines	
Name/Bezeichnung	
Anschrift	Straße, Hausnummer, PLZ, Ort, Kreis
Zentrale Telefonnummer	
Zentrale Faxnummer	
Vertretungsberechtigte	Name/Funktion
Auskunft erteilt	Name/Telefon/E-Mail
1.2 Kontaktperson	
Name	Anrede, Vorname, Name
E-Mail	

Anschrift <input type="checkbox"/> Wie Antragstellerin/ Antragsteller	Straße, Hausnummer, PLZ, Ort, Kreis		
Telefonnummer			
1.3 Soweit zutreffend			
Rechtsform	z. B. GmbH, GmbH & Co. KG, KG, GbR		
Handels-, Vereins- oder Partnerschaftsregister- nummer (aktueller Auszug ist beizufügen)			
1.4 Bankverbindung			
Kontoinhaberin /Kontoinhaber	Kreditinstitut		
IBAN	BIC		

2. Beschreibung der Veranstaltung			
2.1 Allgemeines			
Bezeichnung			
Zeitplan	von/bis (Tag/Monat/Jahr)		
Voraussichtliche Anzahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer für die geplante Veranstaltung			
Besucherzahlen der letzten drei Jahre (Falls vorhanden)	20	20	20

2.2 Beschreibung der geplanten Veranstaltung und Notwendigkeit der Maßnahme zur Erreichung der Ziele dieser Förderbekanntmachung.

Darstellung des Veranstaltungsbezugs zu den Themenbereichen „Digitalisierung“ und „Vernetzung von digitalen Start-ups und Mittelstand“ sowie dem regionalen Bedarf und ggf. dem übergeordneten Landesinteresse.



3. Finanzierung	
Die Kalkulationstabelle ist beizufügen!	
Beantragte Förderung in EUR	
Weitere bewilligte/beantragte öffentliche Förderung für dieses Vorhaben durch:	

4. Beschreibung der Finanzierung und Darlegung der Notwendigkeit einer Förderung (Bitte stellen Sie an dieser Stelle die geplante Finanzierung der Gesamtausgaben nachvollziehbar dar. Bereits vorliegende Finanzierungszusagen oder „Letters of intent“ als Anlage beifügen.)

5. Erklärungen

Die Antragstellerin/ Der Antragsteller erklärt, dass

- 5.1 die Angaben in diesem Antrag einschließlich aller Anlagen vollständig und richtig sind.
- 5.2 bekannt ist, dass die aus dem Antrag ersichtlichen personenbezogenen Daten von der zuständigen Behörde zum Zwecke der Antragsbearbeitung, Subventionsverwaltung und statistischen Auswertung auf Datenträgern erfasst und verarbeitet werden.
(Weitere Hinweise finden Sie auf der Homepage der Bezirksregierung Detmold <http://www.bezreg-detmold.nrw.de> unter der Rubrik Datenschutz.)
- 5.3 mit der Maßnahme noch nicht begonnen wurde und auch vor Bekanntgabe des Zuwendungsbescheides oder vor Genehmigung eines vorzeitigen Maßnahmebeginns nicht begonnen wird (vgl. Nr. 1.3 VV/VVG zu § 44 LHO). Als Vorhabenbeginn ist grundsätzlich der Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- oder Leistungsvertrages zu werten.
- 5.4 sie zum Vorsteuerabzug
nicht berechtigt berechtigt teilweise berechtigt ist
und dies bei der Berechnung der Gesamtausgaben berücksichtigt hat.
- 5.5 sie in keinem weiteren Förderprogramm für das vorliegende Vorhaben Förderung erhalten hat.
Ja Nein

6. Anlagen

Soweit zutreffend

- 6.1 Finanzierungszusagen
- 6.2 Kalkulationstabelle
- 6.3 Personaleinsatzkonzept
- 6.3 Sonstige (bitte benennen):

Für Betriebe und/oder Unternehmen:

Mir/uns ist bekannt, dass es sich bei der beantragten Zuwendung um eine Subvention im Sinne des § 264 Strafgesetzbuch (StGB) handelt und die nachfolgend aufgeführten Angaben subventionserhebliche Tatsachen gemäß § 1 Landessubventionsgesetz vom 24.03.1977, § 2 Subventionsgesetz in der jeweils gültigen Fassung sind.

Im Einzelnen sind für die Bewilligung und Gewährung der Zuwendung folgende Tatsachen subventionserheblich im Sinne des § 264 StGB:

- Angaben zum Antragsteller und zur Antragstellerin (Name, Sitz, Branche, Geschäftsbetrieb, Produktionsstätte, Anzahl der Beschäftigten, Jahresumsatz, Jahresbilanzsumme, Rechtsform und steuer- bzw. gesellschaftliche Verhältnisse)
- Angaben zum Vorhaben (z.B. Durchführungsort, Beginn des Vorhabens)
- Angaben im Finanzierungsplan
- Angaben zu anderen öffentlichen Finanzierungshilfen
- Angaben zu eigenen Personalausgaben (insbesondere wird hiermit bestätigt, dass keine Personalausgaben, welche bereits aus Mitteln des Landes finanziert über das o.g. Vorhaben abgerechnet werden.

Subventionserheblich im Sinne des § 264 StGB sind ferner alle Tatsachen, die für die Gewährung, Inanspruchnahme, das Belassen oder die Rückforderung der Zuwendung von Bedeutung sind. Dies betrifft die Angaben, die der Bewilligungsbehörde bei der Durchführung des Vorhabens nach dem Zuwendungsbescheid nebst Anlagen mitzuteilen sind sowie die Tatsachen in den Mittelabrufen, die die zweckentsprechende Verwendung der Zuwendung betreffen.

Rechtsverbindliche Unterschrift

Ort, Datum